

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, zu den jüngsten Arbeitslosenzahlen: "Glänzende" Aussichten. Seite 1

Wolfgang Clement, Vorstandssprecher der SPD, kommentiert den Versuch Kohls, die Affäre Wörner/Kießling beizulegen: Wörner ist ein Sicherheitsrisiko. Seite 3

Günther Einert, Minister für Bundesangelegenheiten des Landes-Nordrhein-Westfalen, stellt eine NRW-Initiative im Bundesrat vor: Vorrang für eine saubere Umwelt. Seite 4

Jürgen Vahlberg MdB, Mitglied im Ausschuß für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages, zu den Personalausweisplänen der Bundesregierung: Ein Beitrag zum Orwell-Jahr. Seite 6

39. Jahrgang / 24

2. Februar 1984

### "Glänzende" Aussichten auf dem Arbeitsmarkt

Anmerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Monats Januar 1984

Von Egon Lutz MdB  
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die Bundesregierung hat dem Vernehmen nach auf die Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichtes am gestrigen Tag verzichtet, um den "Glanz" der für 1984 prognostizierten Wirtschaftslage nicht durch "Wörners Schatten" zu verdünnern. Der Bericht, der unter anderem von einer Arbeitslosenheer in der Größenordnung von 2,2 Millionen im Jahresdurchschnitt 1984 ausgeht, ist nun erst heute der Öffentlichkeit präsentiert worden. Für wahr - eine "glänzende" Größenordnung: 2,20 Millionen 1984 gegenüber 2,26 Millionen im Jahresschnitt des vergangenen Jahres.

Und selbst diese Zahl wird die Bundesregierung mit ihrer Art von Beschäftigungspolitik nie und nimmer erreichen. Das Schlimme daran ist, sie selber weiß dies, denn für jede Tunix-Regierung gilt: "Von nix kommt nix!". Und dennoch bleibt sie weiter untätig.

Ein erstes Indiz für das bevorstehende Platzen aller geschönten Arbeitsmarktprognosen für 1984 liefert die heute veröffentlichte Arbeitsmarktstatistik für den Januar 1984 trotz aller altbekannten Formulierungen wie "konjunkturelle Erholung auf dem Arbeitsmarkt" und "Anfangsphase einer Erholung".

Es waren 2.539.300 Arbeitslose im Januar 1984 zu beklagen, was einer Quote von 10,2 Prozent entspricht. Dies ist ein Anstieg um 190.300 oder acht Prozent gegenüber dem Vormonat und um 152.200 oder zwei Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat.

Um den prognostizierten Jahresschnitt zu erreichen, dürfen damit die Zahlen der nächsten Monate im Schnitt nicht über die 2,16 Millionen-Grenze klettern. Das aber ist eine Illusion und Wunschdenken.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Kreuzchen-Kontanz  
mit vermehrte Adressen  
Recycling-Papier



Alle glaubwürdigen Prognosen (wie zum Beispiel die des WSI) rechnen mit mindestens 2,55 Millionen Arbeitslosen im Jahresmittel 1984. Ein erster Höhepunkt auf dem verhängnisvollen Weg dahin wird bereits im kommenden Monat erreicht werden.

Dann werden noch mehr als die zur Zeit 1.509.700 Männer (Arbeitslosenquote 10,0 Prozent) und 1.029.600 Frauen (10,6 Prozent) arbeitslos sein.

Die Zahl der Neumeldungen von Arbeitslosen lag im Januar 1984 mit 474.000 weiterhin auf hohem Niveau, wie selbst die Bundesanstalt für Arbeit zugeben muß.

Ihr stand ein Abgang an Arbeitslosen gegenüber in der Höhe von 283.700.

Die Arbeitsämter vermittelten im zurückliegenden Monat 107.300 Arbeitssuchende, das sind 18 Prozent mehr als im Januar 1983.

Der Bestand an offenen Stellen erhöhte sich von Ende Dezember auf Ende Januar um 6.200 oder zehn Prozent und damit stärker als saisonüblich. Die Wirtschaft hat dabei nach Ansicht der Bundesanstalt für Arbeit vor allem auch Stellen gemeldet, die erst in den kommenden Monaten wirklich besetzt werden sollen.

Die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 51.800 oder zehn Prozent auf 565.500.

Die Zahl der 59jährigen und älteren Arbeitslosen ging mit 106.500 um neun Prozent über den Vorjahresstand hinaus, und auch die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten lag mit 142.900 noch höher als vor einem Jahr (um elf Prozent).

Bis auf Berlin (West) und die süddeutschen Arbeitsamtsbezirke lagen die Arbeitslosenzahlen in Niedersachsen-Bremen (4,6 Prozent), in Schleswig-Holstein (4,5 Prozent), in Nordrhein-Westfalen (4,4 Prozent) und in Rheinland-Pfalz-Saarland (4,3 Prozent) über denen des Vorjahres.

Alles in allem: mit schöner Regelmäßigkeit wiederholt sich seit der "Wende" Monat für Monat in Nürnberg und Bonn ein Spektakel besonderer Art, bei dem von den Vertretern der Bundesregierung in vollmundigen Stellungnahmen immer nur "Besserungstendenzen" auf dem Arbeitsmarkt entdeckt werden.

Warum sollte dies im Januar beziehungsweise Februar 1984 anders sein? Konservative hassen bekanntlich nichts mehr als Neuerungen und Abwechslung:

Entweder unterliegen die Arbeitsmarktpolitiker in CDU, CSU und FDP einer kollektiven Selbsthypnose, bei der sie bereits bei bloßer Nennung des Stichwortes Arbeitsmarkt nur noch rosa Nebel sehen und glücklich und zu Zitterklängen ihre Verheißung von den besseren Zeiten verkünden, die ganz bestimmt im nächsten Monat über die bundesdeutschen Arbeitslosen hereinbrächen.

Oder aber sie wissen längst vom Scheitern ihrer armseligen Bemühungen um die Gesundbeterei des Arbeitsmarktes und um eine Beruhigung der Öffentlichkeit und wiederholen trotzdem allmonatlich das beschriebene Schauspiel.

Letzteres scheint wahrscheinlicher.

Es würde allen Menschen in unserem Land nützen, wenn diese Regierung und die sie tragenden Parteien endlich den Mut zur Wahrheit finden würden und dann auch bereit wären, Konsequenzen aus ihr zu ziehen.

Was das Heer der Arbeitslosen seit Monaten braucht, und was die SPD-Bundestagsfraktion auch immer wieder gefordert und konkret beantragt hat, ist eine aktive Beschäftigungspolitik.

Auch dies beweisen wieder einmal die Arbeitslosenzahlen des Januar 1984 in aller Deutlichkeit, sobald man sie von dem Wortgeklingel der Berufsoptimisten entkleidet.

(-/2.2.1984/ks/rs)

+ + +



### Das Sicherheitsrisiko im Kabinett Kohl

Zum Versuch des Kanzlers, die Affäre Wörner/Kießling beizulegen

Von Wolfgang Clement  
Vorstandssprecher der SPD

Im Kabinett Kohl sitzt künftig ein Sicherheitsrisiko mit am Tisch. Es ist ausgerechnet der Verteidigungsminister, der oberste Befehlshaber der Bundeswehr in Friedenszeiten - Manfred Wörner: der Mann, der eine Affäre eigenhändig produzierte und dann in einer derart schneidigen Tolpatschigkeit händelte, daß einem nur schaudern kann bei dem Gedanken, dieser Minister könnte irgendwann einmal mit einem tatsächlichen Spannungsfall zu tun haben.

Helmut Kohl hat ein Arrangement zu Papier bringen lassen, das ersichtlich drei Absichten verfolgt: Es soll General Kießlings Ehre wiederherstellen, es soll Wörners Überleben besorgen, und es soll Franz Josef Strauß weiterhin vom Kabinetttisch fernhalten. Ob das Papier hält, was sich der Kanzler davon verspricht? Wir werden sehen, wer von beiden Koalitions-"Partnern" - Kohl oder Strauß - den längeren Atem hat.

Wissen tun wir allerdings schon heute, was das Papier nicht ist: Es ist nicht wahr! Der Rehabilitationsbrief Wörners an General Kießling enthält mehrere schriftliche Lügen, wie der Jurist sagen würde, um einen derart straffreien Tatbestand von anderen, strafwürdigen Delikten zu unterscheiden.

Eine schriftliche Lüge - das ist beispielsweise die Behauptung Wörners, er habe zu keinem Zeitpunkt die Ehre Kießlings in Frage gestellt. War es etwa nicht entehrend, daß der Verteidigungsminister, um den General der Homosexualität zu "überführen", zwielichtige Gestalten auf die Hardthöhe lud und aus dem Verteidigungsministerium um ein Haar ein zweites "Tom-Tom" gemacht hätte?

Eine schriftliche Lüge ist auch die Behauptung Wörners, er habe die öffentlichen Erörterungen über Kießling nicht gewollt (und er habe sie "nicht mitbetrieben", wie er gestern abend in einem Interview hinzufügte). Tatsache ist hingegen, daß der Verteidigungsminister persönlich und sein Führungsstab in einer Serie von Hintergrundgesprächen, teils in einer Kellerbar, mit Presseleuten die ganzen widerlichen Geschichten über die angeblich abartigen Neigungen des Generals im Umlauf gebracht und damit in die Öffentlichkeit lanciert haben.

Das Kanzler-Arrangement, auf derlei Heucheleien gegründet, ist so etwas wie ein Vergleich zu Lasten Dritter, nämlich

- zuerst: Zu Lasten des Bundespräsidenten, dem in entwürdigender Weise zugemutet worden ist, seinen Ermessensspielraum bei der Beurkundung der Entlassung und Berufung eines hohen Offiziers aufzugeben;
- zum zweiten: zu Lasten nachgeordneter Verantwortungsträger im Verteidigungsministerium und in der Bundeswehr, die nun anstelle des plötzlich peinlich bußfertigen Wörner ihren Kopf verlieren sollen; und
- drittens: zu Lasten der Bundeswehr, die ab jetzt mit einem Verteidigungsminister leben soll, der einen ihrer höchsten Generale dem Gerede preisgab und sich selbst zum Gespött der Leute gemacht hat, weil er die Bananenschalen, auf denen er ausgerutscht ist, vorher auch noch - mit durchgedrückten Knien - selbst ausgelegt hatte.

In der Affäre Kießling ist Manfred Wörner ein Nachweis gelungen, nämlich: daß er zum Dienst auf der Hardthöhe, zur Menschenführung und damit für die Bundeswehr nicht tauglich ist. Im Kabinett Kohl soll er trotzdem bleiben, um Strauß zu verhindern: Der Kanzler und seine Mannschaft der "lame ducks", von Wörner über Lambsdorff bis Schwarzschilding - die Eingemauerten von Bonn.

(-/2.2.1984/ks/rs)

+ + +



### Vorrang für eine saubere Umwelt

Nordrhein-Westfalen will einen Beitrag zur Rettung der Wälder leisten

Von Günther Einert

Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat vor wenigen Monaten ein umfassendes Umweltprogramm vorgelegt. Kernstück dieses Programms ist das sogenannte "Waldpfennigggesetz", das am morgigen Freitag im Bundesrat eingebracht wird. Mit einer an marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierten Schadstoffausgleichsabgabe, die die Betreiber umweltbelastender Großfeuerungsanlagen betreffen wird, und der nach dem Gemeinlastprinzip konstruierten Grundabgabe, dem Waldpfennig, verfügt das Gesetz über zwei Instrumente, die den Vollzug der sogenannten Großfeuerungsanlagenverordnung erheblich beschleunigen und darüber hinaus Anstöße für einen wirkungsvoll verbesserten Umweltschutz geben können.

Der eigentliche Waldpfennig soll vom 1. Januar 1985 bis zum 31. Dezember 1993 von allen Stromerzeugern erhoben werden, was für den Endverbraucher zu einer Verteuerung des Stroms von durchschnittlich 0,4 Pfennig/Kilowattstunde führen wird. Der Durchschnittshaushalt wird dadurch etwa mit 1,50 DM monatlich - einer vergleichsweise sehr geringen Mehraufwendung - zusätzlich belastet. Umweltschutz ist nicht zum Nulltarif zu haben; dies ist jedem Bürger klar. Die Bereitschaft, im Interesse eines besseren Umweltschutzes auch finanzielle Opfer zu bringen, ist - dies belegen entsprechende Umfragen - vorhanden. Mit dem Aufkommen aus dem Waldpfennig von rund 1,3 Milliarden DM jährlich werden in erster Linie Umweltinvestitionen bei der Elektrizitätserzeugung, vorrangig bei der Kohleverstromung, finanziert. Daß mit diesen Maßnahmen nicht nur die kritische Situation für unsere bedrohten Wälder entschärft, sondern darüber hinaus in erheblichem Umfang zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, macht die Bedeutung des neuen Gesetzes erst richtig klar.

Anders als mit dem Waldpfennig soll mit der Schadstoffausgleichsabgabe, die der Verursacher leisten muß, der wirtschaftliche Vorteil der Luftverschmutzung ab einem festgelegten Zeitpunkt ausgeglichen werden. So müssen ab dem 1. Juli 1986 beziehungsweise dem 1. Juli 1988 Betreiber von umweltbelastenden Großfeuerungsanlagen, deren Emissionen an Schwefeldioxid, Stickoxiden und Staub bestimmte Werte überschreiten, eine zusätzliche Abgabe leisten. Das Aufkommen der Abgabe wird zur Verbesserung des Emissionsschutzes bei Großfeuerungsanlagen verwendet, vorrangig für Maßnahmen, die über den Stand der Technik hinausgehen und für Forschung und Entwicklung. Von der Schadstoffausgleichsabgabe, die durch eine frühzeitige Umrüstung oder den Bau neuer, umweltfreundlicher Anlagen vermieden werden kann, erwarten wir eine beträchtliche Verminderung der Schadstoffemissionen; und zwar nicht erst in neun Jahren, wie dies beim normalen Vollzug der Großfeuerungsanlagenverordnung eintreten würde, sondern bereits nach vier bis fünf Jahren.

Wenn nicht wieder einmal parteipolitischer Egoismus über das Gebot der Vernunft siegt, kann mit dem nordrhein-westfälischen Gesetzesantrag ein entscheidender Beitrag zur Rettung unserer Wälder geleistet werden.

Noch ein anderer Gesetzesentwurf, der in dieser Bundesratssitzung von der baden-württembergischen Landesregierung eingebracht wird, hat eine Verbesserung des Umweltschutzes zum Ziel: Das Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz soll durch Steuernachlässe



Anreize für den Erwerb abgasarmer PKWs geben. Freilich entpuppt sich die Initiative der baden-württembergischen Landesregierung bei näherem Hinsehen als reine Wahlkampfshow vor den Landtagswahlen am 25. März 1984. Nicht nur wegen des technisch gar nicht mehr realisierbaren Zeitpunkts des Inkrafttretens am 1. Juli 1984, sondern auch unter inhaltlichen Gesichtspunkten ist die geplante Gesetzesänderung überaus fragwürdig:

- Die Kraftfahrzeugsteuer ist eine reine Ländersteuer. Auch nur zeitweilige Einnahmeausfälle müßten zwingend ausgeglichen werden; entsprechende Übereinkünfte mit der Bundesregierung zeichnen sich jedoch nicht ab und erscheinen kaum realisierbar.
- Umweltschutz kann nicht allein Ländersache sein, er ist vielmehr als gesamtstaatliche Aufgabe zu verstehen. Einseitige Belastungen der Länder durch Senkung der Kfz-Steuer verbieten sich deshalb; statt dessen ergibt sich eine Leistungspflicht des Bundes.
- Umweltschäden entstehen nicht aus dem Halten, sondern aus der Benutzung von Kraftfahrzeugen, also dem Verbrauch von Kraftstoff. Das Verursacherprinzip impliziert jedoch fast zwangsläufig Lösungsansätze bei der Mineralölsteuer.
- Der Vorschlag Baden-Württembergs ist sozial unausgewogen, weil allenfalls bei PKWs der gehobenen Klasse ein Erwerbsanreiz durch annähernde Abdeckung der Mehranschaffungskosten entstehen kann; für kleinere PKWs dagegen ist selbst bei völligem Wegfall der Kraftfahrzeugsteuer kein Ausgleich des zu erwartenden Mehrpreises für einen Katalysator und die zusätzlichen Kosten von Verbrauch und Wartung zu schaffen.
- In der Praxis würde die vorgeschlagene Änderung der Kraftfahrzeugsteuer keine nennenswerten Anreizfunktion zum Erwerb eines abgasarmen PKWs haben, weil die Kraftfahrzeugsteuer als Jahressteuer und vielfach im Abbuchungsverfahren erhoben und vom Kraftfahrzeughalter nur sehr indirekt wahrgenommen wird.
- Der Vorschlag Baden-Württembergs bürdet einseitig den Ländern sämtliche Risiken der tatsächlichen Entwicklung auf, da nicht absehbar ist, wie sich die Fahrzeugneuzulassungszahlen und die Anteile zwischen herkömmlichen und Katalysator-PKWs entwickeln werden.

Überzeugend, das wird schon mit diesen wenigen Beispielen erkennbar, ist der Baden-Württemberger Vorschlag zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes trotz der begrüßenswerten umweltpolitischen Zielsetzung nicht. Besser wäre fraglos eine Anreizlösung über eine Änderung der Mineralölsteuer. Steueraufschläge von einigen Pfennigen bei verbleitem, "schmutzigem" Benzin und ebensolche Abschläge bei bleifreiem, "sauberen" Benzin, könnten in Verbindung mit erheblich verschärften Abgaswerten, die nach dem derzeitigen Stand der Technik nur durch Katalysatoren erreicht werden können, den nötigen Anreiz für den Kauf eines abgasarmen PKWs geben. Daß auch bei einer derartigen Gesetzesänderung noch Detailprobleme im praktischen Vollzug bereinigt werden müßten, ist sicher nicht zu leugnen.

Im Gegensatz zur geplanten Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes scheint jedoch eine entsprechende Problemlösung im Rahmen der Mineralölsteuer wesentlich einfacher und auch systemgerechter, weil am Verursacherprinzip orientiert, zu sein. Nordrhein-Westfalen ist jedenfalls im Interesse einer schnellen und tiefgreifenden Verbesserung des Umweltschutzes bereit, an sinnvollen und praktikablen Maßnahmen mitzuwirken. Dabei darf es vor allem nicht darum gehen, unter kurzlebigen Wahlkampfgesichtspunkten politische Inhalte durch Profilneurose zu ersetzen. (-/2.2.1984/ks/rs)

+ + +



Ein Beitrag zum Orwell-Jahr  
-----

Der maschinenlesbare Personalausweis wäre ein Schritt in den totalen Überwachungsstaat

Von Jürgen Vahlberg MdB

Mitglied im Ausschuß für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages

Am 1. November 1984, noch rechtzeitig vor Ende des Orwell-Jahres soll der neue fälschungssichere und maschinenlesbare Personalausweis in der Bundesrepublik eingeführt werden. Über eine persönliche computerlesbare Nummer werden dann in Sekundenschnelle in Dateien gespeicherte Informationen abrufbar.

Datenschutzrechtlich - so war bis vor kurzem zu hören - eine unbedenkliche Sache. Die Sicherheitsorgane können effektiver arbeiten. Die Verwaltung spart Kosten und die Bürger sparen Zeit bei Identitätskontrollen. "Ein Service für den Bürger" wie die Bundesregierung betont.

Inzwischen allerdings sind ob der angeblichen Unbedenklichkeit Zweifel aufgetaucht. Die im Personalausweisgesetz angesprochenen Dateien für Sicherheit und Gefahrenabwehr sollen klar definiert werden. Das Abspeichern einer Personenkontrolle, die Protokollierung von Ort und Zeitpunkt also, soll unmöglich gemacht werden, um sogenannte Bewegungsbilder einer Person zu verhindern.

Kurz: das Personalausweisgesetz vor einem Jahr verabschiedet, soll bereits heute novelliert werden.

Mit Nachbesserungen des Gesetzes allein ist es aber nicht getan. Es sollte insgesamt vom Bundestag kassiert werden. Wir brauchen kein neues Personalausweisgesetz mehr noch, die Einführung eines computerlesbaren Personalausweises ist ein verhängnisvoller Schritt in Richtung auf den totalen Überwachungsstaat.

Es wird eine Technologie eingeführt, die ohne große Schwierigkeiten Massen- und Dauerkontrollen möglich macht, die den Zutritt zu sicherheitsempfindlichen Stellen (Bahnhöfe, Flughäfen, Gerichte, Rüstungsbetriebe et cetera) nur noch über die Verwendung des von Lesegeräten geprüften Ausweises erlaubt.



Sicher, dies ist heute nicht beabsichtigt. Aber in Zeiten erhöhten Sicherheitsbedarfs - und wir erinnern uns noch daran wie schnell zur Zeit des Terrorismus das Strafgesetz und die Strafprozeßordnung geändert wurden - kann das Gesetz mittels kleiner Änderungen entsprechend angepaßt werden. Darüber, daß ein antidemokratisches Regime von der Stunde Null an über ein perfektes Kontrollsystem verfügen würde, soll hier gar nicht spekuliert werden.

Ein anderer Gesichtspunkt aber ist sehr wichtig. Der weitere Vertrauensverlust, den unser Staat bei Teilen der Öffentlichkeit erfahren wird. Die Massenkontrollen von Ausweisen, die etwa bei Demonstrationen mit dieser Technologie möglich sind, werden das Gefühl in einem Überwachungsstaat zu leben, verstärken. Die betroffenen Bürger werden nicht wissen oder nicht daran glauben, daß mit dem Lesegerät lediglich eine Kontrolle der Person erfolgt, nicht aber die Teilnahme an der Demonstration protokolliert, gespeichert wird. Mißtrauen und weitere Desintegration von kritischen und sensiblen Bürgern wird die eine Folge sein, bei anderen Bürgern sind es Anpassung und stärkerer Trend zur Konformität.

Mit dem maschinenlesbaren Ausweis nehmen wir international eine Spitzenstellung in der technischen Kontrolle von Bürgern ein. Ironisch angemerkt: Hier erschließt sich für die Lesegeräte und die angebundene Computer Soft/Hardware ein schier unendlicher Exportmarkt. Vielleicht nicht in angelsächsische Länder mit ihrer anderen Tradition von Bürgersinn und Bürgerfreiheit, aber zum Beispiel in totalitäre Staaten des Ostblocks und Lateinamerika. Ein gelungener deutscher Beitrag zum Orwell-Jahr. (-/2.2.1984/ks/rs)

+ + +

